

Porsche SE mit positivem Ergebnis

Die Porsche Automobil Holding SE hat im ersten Quartal 2013 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 601 Millionen Euro erzielt, das maßgeblich aus dem Ergebnis aus at Equity bewerteten Anteilen resultierte. Dieses Ergebnis enthält im Berichtszeitraum ausschließlich den der Porsche SE zuzurechnenden Ergebnisbeitrag des Volkswagen-Konzerns. Das Finanzergebnis in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres 2013 beläuft sich auf zehn Millionen Euro.

Die Nettoliquidität hat sich von 2,56 Milliarden Euro zum 31. Dezember 2012 auf 2,9 Milliarden Euro zum 31. März 2013 verbessert, was auf Steuererstattungen zurückzuführen ist. In diesem Wert ist allerdings die im April 2013 von Volkswagen ausgezahlte Nettodividende für das Geschäftsjahr 2012 in Höhe von 386 Millionen Euro noch nicht enthalten. Die genannte Nettoliquidität berücksichtigt ebenfalls noch nicht die bei der Hauptversammlung der Porsche SE beschlossene Dividende in Höhe von insgesamt 615 Millionen Euro.

Auf der juristischen Seite erreichte die Holding wichtige Etappenziele. Im April 2013 haben im Berufungsverfahren vor einem US-Gericht zwölf der insgesamt zuletzt 20 Kläger ihre Berufung gegen die Abweisung ihrer Klagen durch eine Vereinbarung mit Porsche zurückgenommen. Bereits im März 2013 hatten zwölf weitere Kläger ihre Berufung vor dem New Yorker Gericht zurückgenommen.

Im Verfahren hatten die Porsche SE und 26 Kläger im Januar eine Vereinbarung zur Beendigung aller Verfahren vor diesem Gericht geschlossen. Die Kläger hatten sich bereit erklärt, auf die Einlegung von Rechtsmitteln gegen die Abweisung ihrer Klagen durch die Berufungskammer zu verzichten. Porsche hatte sich bereit erklärt, gegenüber Ansprüchen der Kläger, die in Deutschland innerhalb von 90 Tagen klageweise gerichtlich geltend gemacht werden, nicht die Einrede der Verjährung zu erheben. 24 der insgesamt 26 Kläger, mit denen diese Vereinbarung getroffen worden ist, sowie eine weitere Gesellschaft haben Ende April Klage gegen die Holding eingereicht und Schadensersatzansprüche in Höhe von insgesamt rund 1,36 Milliarden Euro (zzgl. Zinsen) geltend gemacht. Hintergrund war der gescheiterte Versuch von Porsche, VW zu übernehmen. Die Porsche SE hält die behaupteten Ansprüche für unbegründet und wird

die Klage erwidern. (ampnet/jri)